

Den Wandel sozial gestalten

Leitantrag (A1) zum Landesparteitag DIE LINKE Brandenburg am 5./6. März 2011

Einreicher: Landesvorstand

03.03.2011

LINKE hält Wort – Rot-rot eröffnet Perspektiven

Brandenburg ist seit Eintritt der LINKEN in die rot-rote Koalition wichtige Schritte einer sozialen Modernisierung gegangen – ungeachtet aller aus der Vergangenheit herrührenden Probleme, die beide Parteien auch zu bewältigen hatten. Linkspartei und SPD im Bündnis haben zentrale Wahlversprechen bereits eingelöst. Dafür stehen beispielhaft fünf Bereiche:

1. **Bildung:** Rot-rot investiert in die Zukunft unserer Kinder und startete mit 400 Neueinstellungen ins Schuljahr. **[ÄÄ 1.7: Übernahme] Bis 2014 wird die Lehrer-Schüler-Relation von 1:15,4 beibehalten.** Seit 1. Oktober 2010 gilt – wie DIE LINKE versprochen hat – ein besserer Personalschlüssel in den Kitas des Landes. Für die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen ist er von 1:13 auf 1:12, in der Altersgruppe der bis Dreijährigen von 1:7 auf 1:6 verbessert worden. Die Mehrkosten von rund 36 Mill. Euro pro Jahr trägt das Land und schafft so über 900 zusätzliche Stellen für Pädagogen. Ein Schüler-BAföG für Abiturienten aus einkommensschwachen Familien wird einzig in Brandenburg gezahlt. Die Regierung sichert die hohe Qualität der Musikschulen und erweitert den Kreis der davon profitierenden Kinder und Jugendlichen. **[ÄÄ 1.4: Übernahme] Mit der Einführung eines Teilzeitstudiums und einer leichteren Anerkennung von Studienleistungen wurde die Studierbarkeit verbessert. Auch hat Rot-Rot die Hürden beim Zugang zum Master verbessert.**
2. **Arbeitsmarktpolitik:** **[ÄÄ 1.9: Übernahme] Die Arbeitslosenquote liegt in Brandenburg so niedrig wie seit langem nicht mehr; unser Land nimmt hier im Osten eine statistisch vergleichsweise gute Position ein. Gleichwohl haben wir mit einer verfestigten Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen. Mit dem 2010 erfolgten Programmstart „Arbeit für Brandenburg“ kämpfen DIE LINKE und Rot-rot um den Einstieg in den Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), damit Langzeitarbeitslose wieder eine Existenz sichernde Arbeit erhalten. Trotz komplizierter Haushaltslage hält Brandenburg dafür die im Koalitionsvertrag für den Zeitraum bis 2014 vereinbarten 40 Millionen Euro bereit - Während Brandenburg damit die Grenzen des Machbaren ausschöpft, kürzt die Bundesregierung die Mittel für Arbeitsförderung um bis zu 30%. Diese Mittel fehlen als Finanzierungsbaustein. Jetzt muss von Politik, Gewerkschaften, Verbänden und allen Betroffenen Druck aufgemacht werden, damit diese Bundesregierung bei der angekündigten Instrumentenreform im Herbst mit diesem Kurs gestoppt wird. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir zudem erreichen, dass endlich dem vernünftigen Ansatz gefolgt werden kann, Mittel statt für Arbeitslosigkeit auszugeben in die Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze im ÖBS zu investieren.**

Gemeinsam mit der Nachbarwoiwodschaft Lubuskie bereitet sich Brandenburg auf die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den 2004 beigetretenen EU-Staaten vor – neben dem Kampf für die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns wird DIE LINKE in diesem Zusammenhang vor allem die Chancen und Anforderungen thematisieren, die sich für die Entwicklung der Oderregion unter den neuen Bedingungen ergeben.

3. **Strukturwandel:** Brandenburg hat seinen bundesweiten Spitzenplatz beim Ausbau regenerativer Energien verteidigt. Der Nachhaltigkeitsbeirat wurde neu berufen und wirkt an einer alle Ressorts einbeziehenden Nachhaltigkeitsstrategie mit. **[ÄÄ 1.5.4: Abstimmung] [ÄÄ 1.1.1: Abstimmung]**

48 **[ÄÄ 1.3.1: Abstimmung]** Der *verstärkte* Einsatz Erneuerbarer Energien höhere Energieeffizienz
49 und Versorgungssicherheit sind zentrale Ziele der Brandenburger Energiepolitik und einer
50 entsprechenden Förderpolitik. Damit realisiert Rot-Rot langjährige Forderungen der LINKEN. **[ÄÄ**
51 **1.3.2: Abstimmung]** Die Braunkohleverstromung gilt nur noch als „Brückentechnologie“ – und
52 auch das nur bei drastischer Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Bei einer möglichen Erprobung der
53 Abscheidung und unterirdischen Speicherung des Kohlendioxids (CCS) hat die Sicherheit der
54 Bevölkerung oberste Priorität. Menschen und ihr Eigentum dürfen nicht gefährdet, die persönliche
55 und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von
56 Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Das Wirtschaftsministerium hat einen
57 „Regionalen Erkundungsbeirat Ostbrandenburg“ einberufen, damit alle Fragen des
58 Erkundungsverfahrens sowie die Erkundungsergebnisse transparent, zeitnah und öffentlich
59 diskutiert, ausgewertet und hinterfragt werden. **[ÄÄ 1.1.2: Zurückgezogen]** Brandenburg hat
60 zudem Mindestanforderungen für CCS-Bundesgesetz vorgelegt, das keine faktischen
61 Ausnahmetatbestände für unser Land schaffen darf und ohne das die weitere Arbeit am CCS-
62 Verfahren nicht möglich ist.

63 4. **Stärkung von Liberalität und Rechtsstaat:** Rot-Rot sichert in Verantwortung des ersten LINKEN
64 Justizministers in einem Bundesland eine flexible und bürgernahe Justiz. Um die Verfahrensdauer
65 an den Sozialgerichten zu verkürzen, wurde bei 28 Stellen des mittleren Dienstes die Befristung
66 aufgehoben. Ferner hat die Landesregierung zusätzlich 27 neue Richter-Planstellen geschaffen,
67 weitere Proberichter eingesetzt und so den richterlichen Dienst nachhaltig gestärkt. Die
68 Gerichtsstandorte, selbst als Neben- oder Außenstellen, bleiben erhalten. Die
69 Landgerichtsbezirksgrenzen werden an die Landkreisgrenzen angepasst. Die Zusammenarbeit von
70 Polizei und Staatsanwaltschaft wird dadurch deutlich verbessert. Damit können positive Effekte
71 vor allem in der Kriminalitätsbekämpfung erzielt werden. Die Polizei wird auch nach der
72 anstehenden Polizeireform bürgernah arbeiten, in der Fläche präsent sein und die Einsatzzeiten
73 beibehalten können. Bewegungsfreiheit für Asylbewerber in Brandenburg wurde hergestellt,
74 Rechtssicherheit für Datschen-Nutzer geschaffen.

75 5. **Kampf für eine andere Bundespolitik:** Gemeinsam mit Berlin bringt Brandenburg eine Initiative
76 für mehr Steuergerechtigkeit in den Bundesrat ein. DIE LINKE sieht darin mehr als eine auf die
77 Länderkammer begrenzte Geste für soziale Gerechtigkeit, sondern eine längerfristige gemeinsame
78 Linie der strategischen Auseinandersetzung mit Schwarz-Gelb im Bund. **[ÄÄ 1.5.1: Übernahme]**
79 **Brandenburg brachte gemeinsam mit Berlin eine Bundesratsinitiative zur „Stärkung der**
80 **Patientenrechte“ ein.** Eine weitere von Brandenburg unterstützte Bundesratsinitiative zielte auf
81 die Sicherung bezahlbarer Mieten. Brandenburg trat auch der Bundesratsinitiative Mecklenburg-
82 Vorpommerns für die unentgeltliche Übertragung von BVVG-Gewässern an ostdeutsche Länder
83 und Kommunen bei. Zu diesem Erfolg beigetragen hat die Massenpetition, an der sich DIE LINKE
84 mit zahlreichen Aktivitäten beteiligt hat. Zugleich leistet die Koalition Widerstand gegen die
85 schwarz-gelbe Gesundheitsreform. Wir wollen die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in der **[ÄÄ**
86 **1.5.2: Übernahme]** **gesundheitlichen** Versorgung stärken. Gemeinsam mit den Bundesländern
87 Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hat Brandenburg jede Laufzeitverlängerung von
88 Atomkraftwerken abgelehnt. **[ÄÄ1.5.3: Übernahme]** **Die Länder führen eine**
89 **Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht.** **[ÄÄ 1.6: Übernahme]** **DIE LINKE**
90 **lehnt die Hatz IV-Reform ab. Sie sichert kein menschenwürdiges Existenzminimum und**
91 **entspricht nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Die Landesregierung**
92 **stimmte im Bundesrat dem Ergebnis nicht zu.** Im Streit um die BBI-Flugrouten setzen wir auf
93 Deeskalation, Information, Transparenz und Dialog. Brandenburg fordert von der Deutschen
94 Flugsicherung so wenig wie möglich Lärmbelastung für Anwohner und entsprechende alternative
95 Planungen. Brandenburg hat auch gegen die Neuregelung der Sicherungsverwahrung auf
96 Bundesebene deutlich Stellung bezogen. Sie ist verfassungs- und menschenrechtlich nicht haltbar
97 und wird daher von uns in ihrer jetzigen beabsichtigten Form abgelehnt. Die erneute Rüge für
98 Deutschland durch den Europäischen Gerichtshof hat die Kritik von Rot-Rot bestätigt. Den Kampf

99 um eine andere Bundespolitik führen wir als Partei auf allen Ebenen - im Bundesrat genauso wie
100 im Bundestag. Dazu setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit der Brandenburger
101 Landesgruppe der LINKEN im Bundestag.
102

103 ***Widersprüchliches Umfeld***

104 Diese Entwicklungen vollziehen sich in einem widersprüchlichen Umfeld. Brandenburgs Wirtschaft hat -
105 wie Deutschland insgesamt - fürs Erste die Talsohle der Krise verlassen. Doch das gilt nicht für alle Bürgerinnen
106 und Bürger und nicht für ganz Europa. Vielmehr vollzieht sich der exportbasierte deutsche Aufschwung
107 auch zu Lasten anderer EU-Länder und von großen Teilen der Welt. Die 2008 offen ausgebrochene
108 Krise des weltweiten Finanzsystems ist bei weitem noch nicht zu Ende - wir erleben sie derzeit als
109 Krise des Euro.

110 Aus durchaus unterschiedlichen Gründen sind Mitgliedsländer der EU in eine so bedrohliche Lage
111 geraten, dass die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben ernsthaft gefährdet oder sogar unmöglich
112 wird. Zu den Ursachen gehören auch die gigantischen Banken-Rettungspakete und natürlich die nicht
113 regulierte internationale Spekulation. Die EU ist angesichts dessen schon nicht mehr allein in der
114 Lage, ihre Währung stabil zu halten, und braucht Hilfe von China und Japan. Zugleich setzt sie intern -
115 unter massivem Druck vor allem der deutschen Bundesregierung - gegen die in Schwierigkeiten
116 geratenen Mitglieder massive Ausgabensenkungen und Kürzungen im Sozialbereich durch. Die
117 Bürgerinnen und Bürger der EU-Länder werden ein weiteres Mal zu schweren Opfern für die
118 Machenschaften der Finanzwirtschaft und für das Versagen ihrer Regierungen genötigt.

119 Brandenburg stellt sich der Tatsache, dass hohe öffentliche Verschuldung mit dazu beiträgt, die
120 Finanzkrise zu verlängern, und für Spekulationen gegen den Euro missbraucht wird. Deswegen sehen
121 wir uns in unserem Grundsatz einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß bestätigt. Wir wollen
122 den Euro als stabile Währung erhalten.
123

124 ***Harte Herausforderungen***

125 In den ersten 20 Jahren der deutschen Einheit ist viel erreicht, aber auch viel verfehlt worden.
126 Illusionen, der blinde Nachbau West und Fehleinschätzungen haben dazu geführt, dass
127 Entwicklungspotenziale zusammenbrachen oder blockiert wurde; es gelang nicht, allen Menschen eine
128 Zukunftsperspektive zu ermöglichen.

129 Brandenburg ist deswegen auch ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, verbreiteter Armut,
130 einer kleinteiligen, eigenkapitalschwachen Wirtschaftsstruktur, erheblichen demografischen
131 Problemen und starken regionalen Disparitäten. Eine selbsttragende Entwicklung ist bislang nicht
132 erreicht worden, der Landeshaushalt wird nur zu rund der Hälfte aus dem eigenen Steueraufkommen
133 gedeckt. Die Sonderzahlungen des Bundes und die Fördermittel der EU werden in dieser
134 Legislaturperiode deutlich zurückgehen, der Solidarpakt bis 2019 völlig auslaufen. Jeder fünfte Euro,
135 den wir jetzt noch einplanen können, wird in Folge dessen am Ende des Jahrzehnts nicht mehr zur
136 Verfügung stehen; der Gesamtumfang des brandenburgischen Landeshaushaltes wird am Ende um
137 fast 2 Milliarden Euro unter dem heutigen Niveau liegen. Die CDU-geführten Geberländer versuchen
138 erneut, Hand an den Länderfinanzausgleich und die solidarischen Grundlagen des Föderalismus zu
139 legen.

140 Zugleich ist die Verschuldung des Landes sehr, sehr hoch. Im Jahr 2004 nahmen die Zinsausgaben mit
141 rund 850 Mio. Euro einen Höchststand ein. Aufgrund des zurzeit relativ geringen Zinsniveaus für
142 Refinanzierungen und Kredite konnten die Zinsausgaben auf rund 740 Mio. Euro gesenkt werden.
143 Trotzdem ist dieser enorme Kapitaldienst pro Jahr - noch dazu bei steigender Tendenz - dauerhaft
144 nicht zu verkraften.
145

146 ***Mit Rot-Rot Brandenburg auf eigene Füße stellen***

147 Die rot-rote Koalition hat 2009 auch deswegen zusammengefunden, weil beide Partner wollen, dass
148 Brandenburg sich von diesen Herausforderungen nicht überrollen lässt, sondern sich ihnen aktiv stellt,
149 dass das Land sich eine Perspektive erarbeitet und sie auch verwirklichen kann.

150 Vor uns liegt also nicht nur eine Zeit, wo die finanziellen Mittel für das uns vertraute Brandenburg
151 dramatisch zurück gehen – vor uns liegt auch eine Zeit, in der ein neues Brandenburg entstehen wird,
152 entstehen muss. Dieses Brandenburg wird weitestgehend auf eigenen Beinen stehen [**ÄÄ 1.1.3:**
153 **Zurückgezogen**]; was es dann kann und schafft, muss und wird es aus eigener Kraft können und
154 schaffen.

155 Der Weg dorthin beginnt jetzt. Es liegt auch in der Hand der LINKEN, dafür zu sorgen, dass das neue
156 Brandenburg ein gutes Brandenburg wird: Ein Brandenburg, das hauszuhalten und seine Mittel klug zu
157 investieren weiß, das nicht über seine Verhältnisse lebt, seinen Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird,
158 ihnen Lebensperspektiven eröffnet und ihre Lebensleistungen würdigt. [**ÄÄ 1.2.2: Übernahme**] **Das**
159 **heißt zuallererst: Was die Koalition beschlossen hat, hat Bestand. An den Programmen für die**
160 **Personalausstattung in Schulen und Kitas, am Schüler-Bafög, an den Neuregelungen für die**
161 **Musikschulen, an den Landesmitteln für den ÖBS, am Vergabegesetz, an der auf Einsparung**
162 **von Ressourcen ausgerichteten Technologieförderung, an der verabredeten Personal- und**
163 **Einstellungspolitik halten wir in vollem Umfang fest.**

164 Dahin zu kommen, wird nicht leicht. Ob wir den Weg zu diesem neuen Brandenburg finden und wie
165 erfolgreich wir ihn beschreiten, hängt maßgeblich von der Politik ab. Vor allem aber hängt es davon
166 ab, ob und wie Politik und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam diese Richtung einschlagen und wie sie
167 miteinander die Schrittfolge bestimmen.

168 Deswegen sagt die Koalition: Gemeinsinn und Erneuerung – das sind die Wegmarken in die Zukunft.
169 Erneuerung und eigene Kraft – darauf haben brandenburgische Landesregierungen schon länger
170 gesetzt. Mit Rot-Rot aber tritt der Gemeinsinn, treten das Solidarische, eine aktive Bürgergesellschaft
171 als bestimmendes Element hinzu. Das bedeutet: Erneuerung mit Gemeinsinn, Erneuerung durch
172 Gemeinsinn.

173

174 ***Rot-Rot schafft Sicherheit in schweren Zeiten***

175 Mit dem Haushalt 2011 hat Brandenburg den ersten großen Schritt unternommen, um sich den
176 neuartigen Herausforderungen zu stellen: soziale Verantwortung – gepaart mit sozialer
177 Modernisierung – bei geringer werdenden finanziellen Mitteln. DIE LINKE will, dass dieser Kurs auch in
178 den noch schwierigeren Folgejahren fortgesetzt wird.

179 Das heißt zuallererst: Was die Koalition beschlossen hat, hat Bestand. An den Programmen für die
180 Personalausstattung in Schulen und Kitas, am Schüler-Bafög, an den Landesmitteln für den ÖBS, am
181 Vergabegesetz ... halten wir fest.

182 Rot-Rot schafft *Sicherheit in schweren Zeiten*. Wir wollen und werden in diesen Zeiten auch weiterhin
183 Entscheidungen treffen, die eine verlässliche und erträgliche Basis für die Veränderungen bieten. Wir
184 werden sie transparent machen und erläutern, wir werden um Zustimmung ringen und auch selber
185 dabei lernen.

186 Unsere Grundsätze der LINKEN lauten:

187 • [**ÄÄ: 1.2.1: Zurückgezogen**] [**ÄÄ 1.2.3: Übernahme**] **Die Bereiche Bildung, Soziales,**
188 **Wissenschaft – die Markenzeichen von Rot-Rot – werden auch bei rückläufigem**
189 **Haushaltsvolumen weiter deutlich als Prioritäten erkennbar sein und mit Vorrang**
190 **finanziert. Wir werden hier um jeden Euro kämpfen - als wichtige Investition in**
191 **Gegenwart und Zukunft.**

192 • Wir streichen *nicht* bei sozialen Leistungsgesetzen, wir streichen *nicht* Leistungen wie das

193 Blindengeld, sondern setzen bei der vergleichsweise hohen Investitionsquote unseres Landes an.
194 Sie liegt derzeit bei 17,0 (2011) Prozent – zum Vergleich: in Sachsen sind es 16 Prozent und in
195 Bayern knapp 12. Es bleibt unser Vorsatz – und wir werden täglich darum kämpfen: Wir sparen
196 nicht auf Kosten der Zukunft; Substanz – bzw. Werterhaltung werden sichergestellt und eine
197 moderne Infrastruktur gewährleistet.

198 • “Die Entscheidung über die Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln in dieser Wahlperiode
199 muss vor allem an den wesentlichen Zielen der Koalition ausgerichtet sein. Gleiches gilt für das
200 politische Agieren Brandenburgs in Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode nach 2013.”

201 • Bei der Wirtschaftsförderung setzen wir verstärkt auf revolvingende Fonds. Die Zuschussförderung
202 wird dabei auf eine Darlehensförderung für Unternehmen umgestellt.

203 • Für die Kommunen sorgen wir durch die Neugestaltung des Kommunalen
204 Finanzausgleichsgesetzes (FAG) für so viel Stabilität wie möglich. Steigende Sozialausgaben
205 tragen zu den Finanzierungsproblemen von Kommunen und Landkreisen in erheblichem Umfang
206 bei. Wir halten es deswegen für wichtig und richtig, dass das Finanzministerium mit einem
207 Gutachten nicht nur die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Kommunen untersuchen
208 lässt, sondern auch Analysen und Aussagen zu der Frage in Auftrag gegeben hat, ob die sozialen
209 Kostenbelastungen durch die Finanzausgleichssysteme des Bundes insgesamt adäquat
210 ausgeglichen werden.

211 • Strengste Haushaltsdisziplin und die mittelfristig deutliche Absenkung der Nettoneuverschuldung
212 prägen die rot-roter Politik in Brandenburg – eine Politik, die sich mit der hohen Überschuldung
213 des Landes nicht abfindet.

214 Den erforderlichen Abbau der Neuverschuldung betreibt DIE LINKE mit hohem sozialen
215 Verantwortungsbewusstsein – und zwar für heute *und* morgen. Das Interesse der jungen Generationen
216 besteht eben nicht nur darin, in der Zukunft nicht von den heute gemachten Schulden erdrückt zu
217 werden, sondern es richtet sich nicht minder auf soziale Chancengleichheit, auf gute Bildung und
218 nachhaltige Entwicklung heute.

219 Haushaltspolitik ist für uns aber nicht nur der intelligente Umgang mit weniger Geld – sie beinhaltet
220 auch Einnahmeverbesserungen, wo dies möglich ist: So hat Brandenburg zum 1. Januar 2011 die
221 bundesweit höchste Grunderwerbssteuer eingeführt. Der Steuersatz ist von 3,5 auf 5 Prozent
222 angehoben worden. Das Land erwartet dadurch gut 30 Millionen Euro Mehreinnahmen. Wer ein
223 Grundstück für 100 000 Euro kauft, wird dadurch mit 1 500 Euro mehr an Grunderwerbsteuer
224 belastet.

225 Also: DIE LINKE bleibt bei einer **[ÄA 1.1.4: Übernahme] Haushaltspolitik mit sozialer**
226 **Verantwortung und Augenmaß**. Wir führen das Land verantwortungsbewusst und gerecht durch die
227 Krise und stellen die Weichen in zu Zukunft.

228

229 ***Verantwortung in den Kommunen, Verantwortung für die*** 230 ***Kommunen.***

231 Die Kommunen sind bundesweit in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation. Rot-Rot in
232 Brandenburg gibt deswegen den zunehmenden finanziellen Druck, der auf dem Land lastet, nicht blind
233 an die Kommunen weiter. Bei wichtigen sozialen Vorhaben der Landesregierung – so etwa bei der
234 Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas – übernimmt das Land Kosten, die sonst bei den
235 Kommunen anfallen würden.

236 Zugleich sorgt die Koalition für einen solidarischen Umgang mit den Ressourcen. In den
237 Haushaltsberatungen 2011 haben die Koalitionsfraktionen die Erhöhung des Hauptansatzes für die
238 Finanzbedarfsbemessung der kreisfreien Städte auf 150 durchgesetzt, um im Wege der
239 interkommunalen Hilfe besondere Soziallasten abzufedern. Ein Demografiefaktor wurde eingeführt.

240 Damit wird der Rückgang der Schlüsselzuweisungen aufgrund geringerer Einwohnerzahl abgebremst
241 und eine Umverteilungswirkung zwischen „Speckgürtel“ und äußerem Entwicklungsraum zugunsten
242 des äußeren Raumes erreicht. Mit der Finanzausgleichsumlage leisten zudem ab 2012
243 einkommensstarke Kommunen erstmals Abgaben für finanzschwache Gemeinden. Für dieses Jahr ist
244 die Finanzausgleichsumlage zur Stärkung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen in Höhe von 10 Mio.
245 € vom Land übernommen worden. Solidarität ist also keine Einbahnstraße.

246 Die kommunalen Haushalte sind aber – genauso wie der Landeshaushalt – auch mit einem zurück
247 gehenden Volumen konfrontiert. Der Solidarpakt läuft für das Land *und* die Kommunen aus Welche
248 Veränderungen es im Bereich der EU-Fördermittel ab 2014 geben wird, ist zwar bisher **[ÄÄ 1.1.5:
249 Übernahme] offen. Klar zu sein scheint allerdings, dass sich daraus negative Wirkungen für
250 die Kommunalhaushalte ergeben werden.** – dass sich daraus aber negative Wirkungen für die
251 Kommunalhaushalte ergeben werden, scheint klar. Der Bevölkerungsrückgang kann nicht vollständig
252 und vor allem nicht dauerhaft durch den Demografie-Faktor kompensiert werden. Und die Finanzlage
253 des Landes wird es nicht erlauben, die Einnahmerückgänge bei den Kommunen auszugleichen.

254 DIE LINKE drängt darauf, dass das Land den Kommunen in dieser Situation – im Rahmen des
255 Möglichen und mit der Vielfalt der politischen, nicht nur finanziellen Mittel – hilfreich zur Seite steht.
256 Doch so, wie wir uns auf Landesebene den Herausforderungen stellen, werden wir das auch in den
257 Kommunen tun. Der Grundsatz ist dabei derselbe: Soziale Verantwortung mit weniger Geld.

258 Konkrete Leitlinien des Landesverbandes kann es darüber hinaus jedoch nicht geben. Dazu sind die
259 Bedingungen in den Regionen und einzelnen Kommunen zu unterschiedlich. Wichtig ist, dass DIE
260 LINKE vor Ort – gemeinsam mit politischen Partnern innerhalb und außerhalb der kommunalen
261 Vertretungen – zu angemessenen, der konkreten Lage angepassten Kriterien für den Umgang mit den
262 finanziellen Möglichkeiten und den politischen Spielräumen findet und diese dann auch umsetzen
263 kann.

264 DIE LINKE verliert auch unter diesen Bedingungen ihr Ziel nicht aus den Augen: wir wollen starke
265 Kommunen und mehr kommunale Selbstverwaltung.

266

267 ***In der „Normalität“ ankommen – und sie verändern!***

268 Für die Jahrzehnte des Übergangs Ostdeutschlands in die vereinte Bundesrepublik ist ein Ende
269 absehbar; der Osten kommt in vielerlei Hinsicht in der bundesdeutschen Normalität an. Das heißt
270 auch: Wir werden uns mehr und mehr an vergleichbaren Bundesländern messen müssen, wenn wir
271 entscheiden, was Brandenburg sich leistet und was nicht. Diesen Weg in die Normalität aber nur als
272 Weg hinab von Sonderzuweisungen zu betrachten, führt in die Irre. Dass Brandenburg künftig weniger
273 EU-Mittel erhält, hat auch damit zu tun, dass unser Land nach 20 Jahren harter Arbeit der
274 Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zu den bedürftigsten Regionen der EU gehören wird und die
275 Solidarität der Europäischen Union, die uns viel geholfen hat, nun anderen zukommen wird.

276 Zudem zeigen die Erfahrungen von Rot-Rot in den Ländern: Es sind durchaus Projekte möglich, die die
277 Gesellschaft verändern, ihrer Entwicklung neue Akzente und teils auch eine neue Richtung geben.

278 Aber das alles bleibt begrenzt und fragil, so lange nicht auch im Bund ähnlich gerichtete Bestrebungen
279 in Gang kommen, so lange im Bund eine gegenläufige Politik betrieben wird. Die schwarz-gelbe
280 Bundesregierung spaltet das Land, spart zu Lasten der Ärmsten und auf Kosten der Normalverdiener.
281 Große Themen bleiben unangetastet: Die wirtschaftliche Globalisierung ist voran geschritten, eine
282 soziale und ökologische Globalisierung – die auch die Lebensverhältnisse in Deutschland stabiler
283 machen muss – ist ausgeblieben.

284 Es heißt: Die Normalität, auf die wir uns einrichten, kann und wird aber nicht die Normalität von heute
285 sein, vor allem nicht die „Normalität“, die die schwarz-gelbe Koalition im Bund schafft.

286 Das Land braucht eine andere Politik, Brandenburg braucht eine andere Politik des Bundes. Dafür
287 setzt sich DIE LINKE ein.

288

289 Ein erster Schritt, der verdeutlicht, in welche Richtung wir strategisch streben, ist eine gemeinsame
290 Bundesratsinitiative mit Berlin – eine *Bundesratsinitiative für mehr Steuergerechtigkeit*.

291 Bestandteil dieser Initiative sind die folgenden steuerpolitischen Maßnahmen :

292 • Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung unter
293 Beibehaltung der derzeitigen Steuerprogression.

294 • Wiedereinführung der Vermögenssteuer

295 • Sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer

296 • Weiterentwicklung der Gewerbesteuer durch deutliche Ausweitung der Bemessungsgrundlage

297 Wir setzen uns zudem für die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer von
298 mindestens 0,05 Prozent auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapierumsätze, Derivate- und
299 Devisenumsätze. Diese Steuer soll in Deutschland zunächst mit einem Steuersatz von mindestens
300 0,01 Prozent erhoben werden. Erstemissionen sollen von der Finanztransaktionssteuer befreit sein.

301 Entsprechende Beschlüsse sind auf Initiative der LINKEN im Landtag gefasst worden.

302 Diese politischen Initiativen sind über Brandenburg hinaus ausgerichtet. Wir wollen dabei auch eng
303 mit unserer Bundespartei zusammen arbeiten.

304 Trotzdem stellen wir uns der Herausforderung , soziale Verantwortung mit weniger Geld
305 wahrzunehmen. Auch wenn alle unsere Forderungen durchgesetzt sind, wird sich am Auslaufen des
306 Solidarpaktes, am demografischen Wandel und an den Veränderungen bei der EU-Förderung nichts
307 geändert haben. Uns geht es mit dieser Initiative darum, die Kraft unseres Bundeslandes und unseres
308 rot-roten Bündnisses für soziale Gerechtigkeit in der gesamten Bundesrepublik, für die gerechte
309 Verteilung der Krisenlasten und für eine gerechte Mobilisierung von Ressourcen für die
310 Veränderungen zur Geltung zu bringen, die Deutschland und Europa insgesamt durchlaufen werden
311 und durchlaufen müssen.

312

313 ***Aktive Politik ist nicht allein die Verteilung von Geld – Leitbild für*** 314 ***Brandenburg weiter entwickeln***

315

316 Politik ist stets mehr als die Verteilung finanzieller Mittel. Und wo die finanziellen Mittel zurückgehen,
317 muss die Politik sich ihrer weiteren Gestaltungsräume bewusster werden. Dazu gehören Mut und
318 Kreativität.

319 DIE LINKE in Brandenburg ist nach einer erfolgreichen, breite Kreise der Öffentlichkeit und der
320 Fachwelt erfassenden Debatte über ein Leitbild für Brandenburg in die Landesregierung eingezogen.
321 Unsere Leitidee von einem solidarischen Brandenburg, von einem Brandenburg der Regionen, hat sich
322 als tragfähig erwiesen.

323 Jetzt ist es an der Zeit, dieses Leitbild im Licht der gemachten Erfahrungen und der konkreten
324 Kenntnis der bestehenden Herausforderungen fortzuschreiben:

325 Wir müssen einerseits auf die Haushaltsslage und auf die demografische Entwicklung reagieren.

326 Und wir wollen andererseits den ökologischen Umbau und den technologischen Wandel befördern –
327 und vor allem sozial gestalten. Das ist unsere Kernkompetenz.

328 Auf diesem Wege wollen wir gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen erreichen. Wir
329 sehen demokratische Teilhabe weiter als Schlüssel für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen an. Arbeit
330 bleibt für uns zentrale Voraussetzung für ein Leben in Würde.

331 Die Zukunft liegt in der Bildung. Wir schreiten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur
332 voran. Wir wollen starke Städte und lebenswerte ländliche Räume. Wir erhalten Brandenburg als

333 Kulturland. Wir entwickeln eine handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung. Wir sind fest verwurzelt
334 im deutschen Föderalismus und streben seine solidarische Weiterentwicklung an. Auf Augenhöhe mit
335 Berlin entwickeln wir gemeinsam unsere Region. Wir sind aktiv in Europa und solidarischer Partner in
336 der einen Welt.

337 Mit unserer Regierungsbeteiligung haben wir die Chancen für die Neuorientierung der Politik
338 vergrößert und sind erste Schritte gegangen. Erste Schritte sind nie das Ziel unserer Politik. Indem wir
339 sie gehen, muss sichtbar und erfahrbar werden, in welche Richtung der zweite und dritte Schritt
340 folgen sollen. Wir wollen Brandenburg dauerhaft sozial gerechter und ökologischer machen, durch
341 einen Politikwechsel das Land verändern, mit Alternativen neue Perspektiven eröffnen und gestalten,
342 unsere Projekte umsetzen.

343 Wie wir das bis **[AA 1.8: Übernahme] 2020** anpacken und umsetzen, was sich dabei bereits bewährt
344 hat, was wir gelernt haben und was wir an neuen Ideen entwickeln können, wollen wir jetzt in den
345 Jahren bis 2013 gemeinsam erarbeiten und öffentlich diskutieren.

346